



*SPD-Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Hannover*

Rechenschaftsbericht

*Parteitag des SPD-Stadtverbandes Hannover
13. Mai 2017*

Eine Stadt für alle.



Unsere Fraktion

Reihe vorn: Christine Ranke-Heck, Belgin Zaman, Hülya Iri, Afra Gamoori, Angelika Pluskota, Peggy Keller.

Reihe Mitte: Lars Kelich, Kerstin Klebe-Poltze, Dr. Jens Menge, Christine Kastning, Oberbürgermeister Stefan Schostok, Bürgermeister Thomas Hermann, Angelo Alter.

Reihe hinten: Christopher Finck, Robert Nicholls, Henning Hofmann, Dr. Maxi Ines Carl, Andreas Markurth, Philipp Kreis, Bruno Gill, Florian Spiegelhauer.

Foto: Henning Scheffen.

Gliederung

Einleitung
Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters
Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
Gleichstellung
Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
Internationales

Jugendhilfe
Kultur
Organisation und Personal
Schule und Bildung
Soziales
Sport
Stadtentwicklung und Bau
Umweltschutz und Grünflächen
Gedenken und Dank

Liebe Genossin, lieber Genosse,

„Eine Stadt für alle.“ – unter dieses Motto haben wir bereits vor zwei Jahren das Kommunalpolitische Leitbild unserer Fraktion gestellt.¹ Es beschreibt mit anderen Worten, was unser Stadtverband als Überschrift über das Wahlprogramm 2016 gestellt hat: „Ganz Hannover im Blick.“

An diesem programmatischen Slogan hat sich nichts geändert – auch wenn die Kommunalwahl vom 11. September nicht das Ergebnis gebracht hat, das wir uns alle gewünscht hatten: Unsere Fraktion hat vier Mandate gegenüber der Wahl von 2011 verloren, und auch die rot-grüne Koalition verlor ihre Mehrheit im Rat der Landeshauptstadt Hannover.

Die Partnerschaft, die wir nun erstmals mit Bündnis 90/Die Grünen *und* FDP vereinbart haben, kommt ohne eine formale Vereinbarung aus – und das hat bislang keine Nachteile gezeitigt. Im Gegenteil: Gemeinsam haben wir uns auf den Doppel-Haushalt 2017/2018 verständigt. Dabei hat jede Fraktion ihre wichtigsten Schwerpunkte setzen können. Überhaupt läuft die Zusammenarbeit in der Partnerschaft recht konstruktiv, und auch gegenüber den anderen demokratischen Fraktionen hat es bereits an verschiedenen Punkten Angebote zur Zusammenarbeit gegeben, die zum Teil auch wahrgenommen wurden.

Einig sind wir uns sowohl mit unseren Partnern als auch mit den anderen demokratischen Fraktionen in der Abgrenzung gegenüber den rechtsextremen Kräften im Rat, gegenüber der AfD und gegenüber den sogenannten „Hannoveranern“. Wir dulden keine Intoleranz, und wir lassen es nicht zu, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen unserer Stadtgesellschaft gegeneinander ausgespielt werden. Entsprechend fadenscheinige Anträge und Initiativen insbesondere der AfD haben wir als solche klar benannt und zurückgewiesen.

Neben dieser neuen Herausforderung einer massiven rechtspopulistischen Agitation im Rat gibt es einige Aufgaben, die sich bereits in der vergangenen Ratsperiode abgezeichnet haben. Wir haben sie frühzeitig angepackt, und wir packen sie weiterhin an. (Die Bilanz unserer Arbeit in der Ratsperiode 2011–2016² findest Du gesondert neben diesem Rechenschaftsbericht, der ausschließlich darüber berichtet, was wir seit der Konstituierung des neuen Rates angepackt haben.)

1 Vgl. auch <http://spdratsfraktionhannover.de/ratsfraktion/kommunalpolitisches-leitbild/>.

2 Vgl. auch http://spdratsfraktionhannover.de/imperia/md/content/bezirkhannover/spdratsfraktionhannover/bilanz2011_2016.pdf/bilanz2011_2016.pdf.

An vorderster Stelle stehen dabei zwei Themen: die Bereitstellung neuen, bezahlbaren Wohnraums und die Gestaltung eines solidarischen Zusammenlebens in unserer Stadt. Das sind gewaltige Aufgaben, bei denen wir bereits ein gutes Stück Arbeit geleistet haben, bei deren Lösung wir aber nicht . Die zusätzlichen Investitionen, die der Doppel-Haushalt 2017/2018, einschließlich der ersten Maßnahmen des Investitionsprogramms „500plus“, vorsieht, sind nur ein Teil der Lösung. Die Infrastruktur, die dadurch erneuert oder neu geschaffen wird, bildet den wichtigen (baulichen) Rahmen, in dem die Stadtgesellschaft sich bewegt. Dieses „Gehäuse“ muss aber mit Leben erfüllt werden, und dafür bedarf es des Engagements sowohl der Haupt- als auch der Ehrenamtlichen. Sie sorgen dafür, dass alle Menschen ihren Platz in unserer Stadtgesellschaft finden und an ihr teilhaben können.

Diese beiden Facetten finden sowohl in dem verabschiedeten Haushalt als auch im Handeln unserer Fraktion ihren Niederschlag, wie Du auf den folgenden Seiten lesen kannst. Und sie bilden die Grundlage für unsere Partnerschaft mit Grünen und FDP im Rat. Für diese Politik steht auch unser Slogan: **Eine Stadt für alle.**

In diesem Sinne packen wir an – gemeinsam mit Dir!

Eure

A handwritten signature in black ink, reading "Christine Kastning". The signature is written in a cursive style with a long, sweeping tail on the final letter.

Christine Kastning

Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters

Mitglieder des Ausschusses für die Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters: **Christine Kastning** (Sprecherin), **Bruno Gill**, **Florian Spiegelhauer** (Ausschussvorsitzender).

Der Ausschuss für die Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters (AAGBOB) ist in der vergangenen Ratsperiode neu entstanden. Gebündelt sind darin Aufgaben des OB-Büros, darunter das Eventmanagement, sowie zentrale Themenfelder, die dort bearbeitet werden: Neben den Herrenhäuser Gärten als Schnittstelle zwischen Tourismus, Kultur, Grün und Wissenschaft vor allem Themen, die für die Entwicklung und das Image Hannovers wesentliche Bedeutung haben, u.a. das Ihmezentrum.

So stellten in den vergangenen Wochen die Konzeption für die Entwicklung der **Herrenhäuser Gärten**, einschließlich der KunstFestSpiele, die Weiterentwicklung des Maschseefestes und des Schützenfestes wie auch die Sanierung des Ihmezentrums Schwerpunkte der Arbeit unserer AG dar.

Noch unter Federführung der Kulturpolitik ist es bereits in den Vorjahren gelungen, die KunstFestSpiele unter der Intendanz von Ingo Metzmaier deutlich attraktiver zu gestalten.

Beim **Ihmezentrum** haben die Verhandlungen der Verwaltung mit dem Investor ebenfalls erste Früchte getragen: Für den Baukomplex wird es eine neue Perspektive geben, nachdem die deutliche Positionierung zu Zielen und Haltung der Stadt gegenüber dem Investor dazu geführt hat, dass dieser endlich erste, tragfähige Entwürfe zur Neugestaltung des Ihmezentrums vorgelegt hat. Die Ratsgremien haben hierzu klare Beschlüsse gefasst, die den Investor in die Verantwortung nehmen.

Beim **Schützenfest** und beim **Maschseefest** standen neben konzeptionellen Veränderungen vor allem Sicherheitsfragen im Vordergrund: Wie kann es gelingen, bei beiden Festen ein Höchstmaß an Sicherheit zu garantieren, ohne die Bewegungsfreiheit der BesucherInnen – und damit ihren Feierspaß – übermäßig einzuschränken? Die hierfür erarbeiteten Antworten werden den Grundstock für ein umfassendes **Sicherheitskonzept** für Hannover, insbesondere für die Innenstadt, bilden, das wir in den nächsten Wochen erwarten. Wurden bislang Sicherheitsfragen bei größeren Veranstaltungen behandelt, so soll das Sicherheits- und

Ordnungskonzept Wege aufzeigen, wie auf öffentlichen Plätzen, insbesondere in der Innenstadt, Sauberkeit und Sicherheit gewährleistet werden können. Dazu ist die konzertierte Zusammenarbeit von Polizei, Sicherheitskräften, Abfallwirtschaft und vor allem auch Sozialarbeit notwendig.

Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten

Mitglieder im Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten (AWL): **Florian Spiegelhauer** (Sprecher), **Christine Ranke-Heck**, **Peggy Keller**.

Beratende Mitglieder: **Anne-Maria Gahbler**, **Olaf Weinel**.

Wirtschaftsförderung, Liegenschaftsmanagement und Gebäudewirtschaft stellen aus Sicht unserer AWL-AG eine wichtige Säule für die weitere positive Entwicklung unserer Stadt und ihrer Stadtteile dar.

Die gemeinsame Wirtschaftsfördergesellschaft von Stadt und Region Hannover hannoverimpuls ist das überzeugende Instrument für **Gründungsförderung**. Wir setzen hier Akzente und unterstützen insbesondere auch Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen – und leisten so auch einen aktiven Beitrag zur Verwirklichung der **Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben**. Wir brauchen auch in Zukunft einen Ort, an dem Frauen zu günstigen Konditionen Büroräume anmieten können und Coworkingarbeitsplätze ausprobieren können – ohne langfristige mietvertragliche Bindung oder finanzielles Risiko durch den Erwerb einer Büroausstattung. Folgerichtig befürworten wir, dass hannoverimpuls die Gesellschaftsanteile des Unternehmerinnen-Zentrum Hannover (UZH) übernimmt und es entsprechend den Festlegungen im Erbbaurechtsvertrag fortführt.

Außerdem haben wir während der Haushaltsplanberatungen 2017/2018 Schwerpunkte gesetzt bei der Wohnbauland- und Gewerbeflächenentwicklung auf dem Gelände der Deurag-Nerag GmbH in Misburg und dazu über einen Haushaltsbegleitantrag belastbare Zahlen eingefordert: Hier liegt ein riesiges Potenzial zur gemeinsamen **Entwicklung von Wohnen und Gewerbe** und langfristig einer infrastrukturellen Stärkung des Stadtteils Misburg.

Bei der Entwicklung von Gewerbeflächen betrachten wir ein differenzierteres **Klimaschutzmanagement** als wichtigen Baustein für eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Daher haben wir für die Durchführung des Modellvorhabens im Gewerbegebiet List, das der Umsetzung des Klimaschutz-Teilkonzeptes folgt, die Forderung nach einem Klimaschutzmanager eingebracht. Dieser kann hierzu einen bedeutsamen Beitrag leisten. Das Pilotprojekt Gewerbegebiet Lister Damm/Am Listholze ist Teil des „Masterplans Stadt und Region Hannover – 100% für den Klimaschutz“ und hat die qualitative Aufwertung des Gewerbegebietes zum Ziel. Damit das vom Rat beschlossene Klimaziel erreicht wird, ist auch nachhaltiges Wirtschaften erforderlich.

Außerdem stärkten wir in den zurückliegenden Haushaltsplanberatungen die **Stadtteile** mit folgenden Haushaltsbegleitanträgen: Raum- anmietung und provisorischer Betrieb für das Kulturzentrum Kleefeld; Einrichtung eines öffentlich zu nutzenden, multifunktionalen und barrierefreien Mehrzweck- und Versammlungsraumes für den Stadtteil Bothfeld im Zuge der Sanierung, baulichen Erweiterung und Einrichtung einer Oberstufe an der IGS Bothfeld; Bestandsaufnahme im Hinblick auf den Sanierungs- bzw. Entwicklungsbedarf für städtische Gebäude in öffentlicher Nutzung in den Stadtteilen Misburg (Bürgerhaus, Rathaus, Feuerwehrhaus), Anderten (AMK-Haus) und Bemerode (Rathaus); Räumliche Erweiterung der Kurt-Schumacher-Grundschule und der Pestalozzischeule Hannover im Schulzentrum Anderten, einschließlich Mensakonzept; Umsetzung des Konzeptes „Kita und Grundschule unter einem Dach“ (Modellprojekt: KISS Birkenstraße in der Südtstadt) bei der Planung größerer Neubaugebiete, wie z.B. Kronsberg-Süd und Wasserstadt Limmer.s

Gleichstellung

Mitglieder im Gleichstellungsausschuss: **Maxi Carl** (Sprecherin), **Lars Kellich**, **Afra Gamoori**.

Beratende Mitglieder: **Franz Moormann**, **Franziska Schröter**.

Die AG Gleichstellung betrachtet ihre Arbeit als Querschnittsaufgabe, die sie in alle Fachbereiche einbringt.

Sie setzt sich u.a. für die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen sowohl in der Landeshauptstadt Hannover und den Betrieben

mit städtischer Beteiligung als auch in anderen öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen ein. Der zweite Aktionsplan der Landeshauptstadt Hannover zur Umsetzung der EU-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene wurde um die Schwerpunkte „Wohnraum“, „geschlechterspezifische Gewalt“ und „nachhaltige Entwicklung“ erweitert.

Ein wichtiger Schwerpunkt der AG liegt zudem beim Thema sexualisierte und häusliche Gewalt. Ein wichtiger Teilaspekt ist hierbei die Unterstützung des vielfältigen Angebots der Beratungsstellen. So wurden im Zuge des Haushaltsberatungen 2017/2018 städtische Mittel zur dauerhaften Sicherung eines Projekts des Frauennotrufs bereitgestellt, das sich gezielt an Mädchen und Frauen mit Beeinträchtigungen wendet, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind, und das neben Betreuungs- und Beratungsangeboten auch auf Prävention setzt. Außerdem werden die Angebote des Therapie- und Beratungszentrum in der Trans*beratung und ein Projekt, das sich an Frauen als Täterinnen wendet, mit zusätzlichen Haushaltsmitteln unterstützt. Darüber hinaus wurde das Beratungsangebot für traumatisierte Frauen durch das erneute Auflegen eines Fördermitteltopfs gezielt gestärkt.

Zur Unterstützung der Arbeit der freiberuflichen Hebammen wurde mittels eines Antrags diesen die Möglichkeit eingeräumt, gegen eine geringe Gebühr einen Sonderparkausweis zu erhalten, der das Parken auf Bewohnerparkplätzen, im eingeschränkten Halteverbot und in Bereichen mit Parkscheinen oder Parkuhr ermöglicht.

Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung

Mitglieder des Finanzausschusses: Dr. **Jens Menge** (Sprecher), **Christine Kastning**, **Belgin Zaman** (Ausschussvorsitzende).

Unmittelbar nach der Konstituierung des Rates wurde der Haushalt 2017/2018 eingebracht – erstmals ein **Doppel-Haushalt**. Mit diesem Haushalt sind bereits die Investitionssummen für beide Jahre erheblich ausgeweitet worden – auf jeweils über 180 Mio., gegenüber durchschnittlich 110 Mio. Euro in den vergangenen Jahren. Darin enthalten sind Ausgaben für die **Umsetzung des Investitionsmemorandums „500plus“**, das unser Kämmerer Marc Hansmann und unser Oberbürgermeister Stefan

Schostok im vergangenen Jahr vorgestellt haben. Dieses Investitionsprogramm sieht für die nächsten zehn Jahre zusätzliche Ausgaben von ca. 520 Mio. Euro für Neubauten und Sanierungen wesentlicher Infrastruktur in unserer Stadt vor, darunter vor allem Bildungseinrichtungen (Kitas und Schulen), die städtischen Bäder, Kultur- und Sporteinrichtungen und der Wohnungsbau.

In den Haushaltsberatungen haben wir uns dazu bekannt, dieses ambitionierte Investitionsprogramm nicht auszuweiten, allerdings an verschiedenen Punkten andere Prioritäten gesetzt als von der Verwaltung vorgesehen. Ungeachtet der gestiegenen Aufwendungen wie auch der laufenden Haushaltskonsolidierung, zu der wir weiterhin stehen, haben bei den **Zuwendungen** an Träger wichtiger Aufgaben, im Sozialen, in der Jugendarbeit, in Bildung, Sport und Kultur, nicht gekürzt. Die Arbeit dieser Träger ist unverzichtbar für ein gutes, friedliches Zusammenleben in unserer Stadt. Die künftige Gestaltung der Zuwendungen und des Zuwendungscontrollings bildet einen unserer Schwerpunkte in den nächsten anderthalb Jahren.

Die Haushaltsplanberatungen waren die erste Nagelprobe unserer **Partnerschaft mit den Grünen und der FDP**. Die Zusammenarbeit mit den beiden Partnern hat sich dabei – allen Unkenrufen zum Trotz – bewährt.

Internationales

Mitglieder im Internationalen Ausschuss: **Hülya Iri** (Sprecherin), **Christopher Finck**, **Thomas Hermann** (Ausschussvorsitzender).

Beratende Mitglieder: **Dank Chau Lam**, **Graziela Guaqueta Korzonnek**, **Raif Hussain**, **Dimitra Tekidou-Kühlke**.

Die Internationale AG setzt Akzente in der **Projektarbeit für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Teilhabe**. Angesichts der notwendigen strukturellen Stärkung von Toleranz und Vielfalt sicherte die AG dem Haus der Religionen, dem Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte und den Internationalen Stadtteilgärten ihre Unterstützung zu. Die **Stärkung der Strukturen des ehrenamtlichen Engagements und der politischen Bildung** stehen im Zentrum unserer Arbeit.

Es wird notwendig sein, den gesellschaftlichen Diskurs über unser **Zusammenleben in einer multireligiösen und multikulturellen Großstadt**

weiterhin zu begleiten. Es gilt, gemeinsame Anstrengungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiterzuentwickeln und Unsicherheiten und Politikverdruss schon früh zu begegnen. Ein Baustein dazu ist die Unterstützung der Kinderregionalkonferenzen, die inhaltlich im Sinne der Erziehung zur Demokratie und Menschenrechtsbildung begleitet werden sollen. Wir erwarten die entsprechende Umsetzung unseres Haushaltsantrages noch vor der Sommerpause.

Die Internationale AG wird auch weiterhin die Arbeit des **Integrationsmanagement und der Koordinierungsstelle Flüchtlinge** der Stadt politisch begleiten. So soll ein Konzept erarbeitet werden, um das bürgerschaftliche Engagement und die Arbeit vieler engagierter Bürgerinnen und Bürger für die Flüchtlinge einerseits und andererseits für die Bevölkerung in den Stadtteilen zu fördern und zu unterstützen. Migrantenselbstorganisationen und Menschen mit Migrationshintergrund müssen hier eingebunden und beteiligt werden. Demzufolge ist die **Weiterentwicklung des Lokalen Integrationsplans (LIP)** ein Schwerpunkt der Arbeit unserer AG. Dieser wird künftig auf das Thema der Integration von Flüchtlingen noch stärker Bezug nehmen als bisher.

Jugendhilfe

Mitglieder im Jugendhilfeausschuss: **Christopher Finck** (Sprecher), **Dr. Maxi Ines Carl**, **Kerstin Klebe-Politze**.

VertreterInnen: **Afra Gamoori**, **Bruno Gill**, **Belgin Zaman**.

Stimmberechtigte Mitglieder: **Wilfried Duckstein**, **Antje Schürmann**, **Burkhard Teuber**.

Beratende Mitglieder: **Nina Böhme**, **Christoph Kröner**, **Birgit Merkel**.

Die Schwerpunkte der AG Jugendhilfe liegen weiterhin im Bereich des **quantitativen und qualitativen Ausbaus der Kinderbetreuung**, der aktiven Begleitung der Prozesse im Bereich der **Qualitätsoffensive Grundschulkinderbetreuung** sowie der **Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit** in verschiedenen Bereichen.

Wir freuen uns, dass Hannover weiter wächst und die Zahl der Geburten von Jahr zu Jahr steigt. Gerade deswegen werden wir weiter die **Kinderbetreuung ausbauen** und in den kommenden zwei Jahren 442 zusätzliche Krippen- und 293 neue Kindergartenplätze schaffen, damit Beruf

und Familie in unserer Stadt noch besser vereinbart werden können. Dazu werden in den nächsten Jahren unter anderem 30 Mio. in den Bau von acht neuen Kindertagesstätten investiert.

Auf unseren Antrag hin wird die Fachberatung für unsere künftig 42 **Familienzentren** ab diesem Jahr mit einer weiteren Stelle gestärkt. Das zentrale Anmeldeverfahren soll für die Anmeldungen zum Kita-Jahr 2018/19 zur Verfügung stehen. Der Prozess der durch die Landesregierung in Aussicht gestellten Beitragsbefreiung wird von uns proaktiv begleitet.

Für die **Kinder- und Jugendarbeit** haben wir uns bereits zum Haushalt 2017/18 stark gemacht: Das Quartier Möhringsberg in der Nordstadt erhält endlich einen eigenen Jugendtreff, das mobile Beratungsangebot MAJA wurde in seiner Existenz gesichert und die Verwaltung aufgefordert, gemeinsam mit dem kleinen Jugendtreff GoHin eine Zukunftsperspektive zu entwickeln.

Darüber hinaus setzen wir uns für den **Schutz von Kindern und Jugendlichen** und die **Förderung ihrer Entwicklung** ein, indem wir die Projekte „Caring Dads“ (Arbeit mit gewalttätigen Vätern) und „Hannoversches Interventionsprogramm für Kinder psychisch erkrankter Eltern“ mit zusätzlichen Mitteln unterstützen. Die Initiativen Konnex und Glashütte für schulumüde Kinder und Jugendliche erhalten einen Mietkostenzuschuss, um ihre erfolgreiche Arbeit am neuen Standort fortzuführen. Darüber hinaus haben wir uns intensiv für eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Jugendberufswerkstätten eingesetzt.

Im November 2016 haben wir alle Träger und Verbände des Jugendhilfeausschusses (JHA) eingeladen, um gemeinsam mit ihnen den Wahlausgang zu reflektieren. Diesen Austausch werden wir fortführen.

Zudem wird der **Organisationsentwicklungsprozess des Stadtjugendringes Hannover** durch die AG Jugend weiterhin aktiv begleitet.

Wir haben als AG-Mitglieder an vielen Veranstaltungen und Gesprächen teilgenommen. Dazu gehören u.a. der Runde Tisch zum Seilgarten, die Vollversammlung des Stadtjugendringes, der Informationsstand beim Neujahrsempfang im Rathaus, die Jahreslosung des CVJM und die Veranstaltung zur jugendgerechten Kommune des evangelischen Stadtjugendverbandes.

Außerdem haben wir als Jugend-AG sowie zusammen mit der SchuBi-AG zwei Klausurtagungen durchgeführt.

Kultur

Mitglieder im Kulturausschuss: **Belgin Zaman** (Sprecherin), **Robert Nicholls**, **Andreas Markurth**.

Beratende Mitglieder: **Prof. Dr. Gregor Terbuyken**, **Rainer Sütfeld**.

Die Kultur-AG setzt ihre Schwerpunkte im Erhalt und Ausbau der kulturellen Infrastruktur, der Weiterentwicklung der hannoverschen Kulturlandschaft in den Bereichen Junge Kultur, Internationale Kultur und Kultur im Quartier. Zudem setzen wir uns für eine lebendige Erinnerungskultur in Hannover ein.

Diese Schwerpunkte schlagen sich auch in unseren Anträgen zum Doppelhaushalt 2017/2018 nieder. So stärken wir **Kulturangebote** in Hannover, die international ausgerichtet sind und eine überregionale Bedeutung haben, beispielsweise durch die Fortführung des Innovationsfonds Kunst und Kultur; wir erhöhen die Mittel für die Ausgestaltung des Titels **UNESCO City of Music** und fördern Projekte, die gezielt **Angebote in den Stadtteilen** und **Quartieren** einrichten. Einen wichtigen Erfolg unserer Kulturpolitik stellt hierbei die Einrichtung des Kulturtreffs in Kleefeld dar, die wir mit einem Antrag zum Haushalt forciert haben. Auch die bestehenden Stadtteilzentren und Freizeitheime stärken wir durch eine langfristige Sanierungsplanung. Das Stadtteilzentrum/Freizeitheim Döhren ist hierbei bereits im Investitionsprogramm „500plus“ enthalten und wird dementsprechend in den nächsten Jahren neu gebaut werden. Im Bereich der Jungen Kultur fördern wir vor allem **Angebote der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche**, wie das Junge Schauspiel, die Kunstschule KunstWerk oder das Kindermuseum Zinnober.

Die von uns beantragte Museumscard ist zum 1. Dezember 2016 eingeführt worden. Sie ermöglicht den Eintritt sowohl in die städtischen **Museen** als auch in das Landesmuseum, das Wilhelm-Busch-Museum sowie den Kunstverein und die Kestnergesellschaft und ist sehr erfolgreich gestartet. Die Neukonzeption der Dauerausstellungen der städtischen Museen wird von uns positiv begleitet. Hierbei haben wir insbesondere die Attraktivitätssteigerung und Besucherfreundlichkeit im Blick und verfolgen das im Wahlprogramm verankerte Ziel des kostenfreien Eintritts für Kinder und Jugendliche.

Im Bereich der **Erinnerungskultur** forcieren wir die Einrichtung eines Lernorts, der einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung liefern und

als Ergänzung zu den bestehenden Gedenkstätten die Auseinandersetzung mit der hannoverschen Stadtgeschichte im Nationalsozialismus ermöglichen soll.

Ein wichtiges Thema, das wir aktiv begleiten und voranbringen werden, ist die Bewerbung zur **Kulturhauptstadt 2025**, die als Referenzprojekt im Stadtentwicklungsprogramm „Mein Hannover 2030“ verankert ist. Wir verstehen die Bewerbung zur Kulturhauptstadt dabei als kulturelles Stadtentwicklungsprogramm, das unabhängig vom Erfolg der Bewerbung einen wesentlichen Anteil zur Weiterentwicklung der Kultur in Hannover leisten kann und wird.

Organisation und Personal

Mitglieder im Organisations- und Personalausschuss (OPA): **Bruno Gill** (Sprecher), **Christine Kastning** (Ausschussvorsitzende), **Andreas Markurth**.

Im Mittelpunkt der Arbeit der OPA-AG stehen die Sicherung der Landeshauptstadt Hannover als attraktive Arbeitgeberin, die aufgabengerechte Ausstattung der Verwaltung mit Personal, die Digitalisierung der Verwaltung und des BürgerInnenservice sowie die Weiterentwicklung Hannovers als bürgerInnenfreundliche Kommune.

Um die Verwaltung unserer Stadt weiterhin attraktiv für ArbeitnehmerInnen zu gestalten, sind wir im engen Austausch sowohl mit der Personalverwaltung als auch mit dem Gesamtpersonalrat (GPR). Mit dem GPR treffen wir uns regelmäßig zu Gesprächen. Zudem suchen wir seit etlichen Monaten auch die Örtlichen Personalräte auf, um deren Fragen und Anregungen für die **Personalentwicklung** der Landeshauptstadt berücksichtigen zu können. Dies ist sowohl im Kontext der Flüchtlingsunterbringung als auch des Innovationsprogramms „500plus“ zwingender denn je.

Die **Digitalisierung** wirkt sich auch erheblich auf die Arbeit der Beschäftigten und auf das Serviceangebot der Landeshauptstadt aus. Als OPA-AG begleiten wir die Digitalisierungsstrategie der Verwaltung. Dabei hat das (Online-)Serviceangebot Hannovers einen besonderen Stellenwert. Deswegen haben wir – gemeinsam mit der Regionsfraktion – beantragt, das gemeinsame Internetportal von Stadt und Region hannover.de grundle-

gend zu verbessern. Dabei soll vor allem der Zugriff auf Informationen einerseits und der Formularservice andererseits optimiert werden.

Sowohl das Thema BürgerInnenbeteiligung als auch die Stadtbezirksräte fallen in die Zuständigkeit der OPA-AG. Mit dem Antrag auf die Einführung einer elektronischen Signatur für die Fraktionsvorsitzenden der **Bezirksräte** haben wir einen weiteren Schritt zur Vereinfachung von deren Arbeit getan. **BürgerInnenbeteiligung** schreiben wir weiterhin groß – auch nach dem großen Stadtentwicklungsdialog „Mein Hannover 2030“ und neben den Stadtteildialogen „Mein Quartier 2030“ sowie den eingeführten Beteiligungsverfahren, wie sie z.B. zur Wasserstadt Limmer und zum Kronsberg-Süd stattgefunden haben. In Vorbereitung sind BürgerInnenbeteiligungen zu größeren Bauvorhaben – u.a. zum Steintorplatz, das wesentlich von der Bau-AG vorangetrieben wird, zum Weißekreuzplatz und zum Andreas-Hermes-Platz – sowie Online-Beteiligungsverfahren, die künftig einen größeren Stellenwert einnehmen werden. Auch der Bewerbung Hannovers um die Europäische Kulturhauptstadt 2025 wird ein BürgerInnen-dialog vorausgehen.

Schule und Bildung

Mitglieder im Schul- und Bildungsausschuss: **Afra Gamoori** (Sprecherin), **Henning Hofmann, Dr. Jens Menge** (Stellv. Ausschussvorsitzender).
Beratende Mitglieder: **Kerstin Klebe-Poltze, Hans-Dieter Keil-Süllow, Christoph Walther, Thomas Wedemeyer**.

Einen der zentralen Schwerpunkte AG für Schule und Bildung (SchuBi) bildet der weitere **Ausbau der Ganztagsgrundschulen** mit der Umsetzung des Ganztags schulprogramms „Marke Hannover“ und des Mittagessenkonzepts sowie die weitere Schulentwicklungsplanung und Schulqualität. **Inklusion** wird dabei immer mitgedacht.

Hannover steht aufgrund weiter steigender SchülerInnenzahlen vor der Herausforderung, für alle Kinder passende Schulangebote zu schaffen. Zum Schuljahr 2017/18 werden 41 von 60 Grundschulen mit dem Ganztags schulbetrieb begonnen haben, darunter auch die Grundschule Tegelweg. Wir unterstützen sie durch einen Antrag dabei, die notwendigen Räumlichkeiten für den Ganztage, den Unterricht, Differenzierung und Inklusion für die zu erwartenden SchülerInnen zu erhalten.

Weitere neun Grundschulen haben ihr Interesse am Ganztag bekundet. Für die Reihenfolge des weiteren Ausbaus hat die Verwaltung unter sozialen Gesichtspunkten (u.a. Anteil der Alleinerziehenden, Anteil der Familien mit Transferleistungsbezug, Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, Bedarf an Ganztagsbetreuung) eine Prioritätenliste erstellt, die wir unterstützen. Die daraus gezogene Schlussfolgerung, den Ganztag an der Grundschule Mühlenberg als erstes umzusetzen, begrüßen wir ausdrücklich.

Ein besonderes Augenmerk gilt der **Versorgung mit Oberstufenangeboten**, die auf unseren Haushaltsbegleitantrag hin nun stadtweit geplant wird. Ziel ist es, die benötigten Oberstufen binnen der kommenden fünf Jahre zu realisieren, damit allen interessierten SchülerInnen, die eine Integrierte Gesamtschule besuchen, auch der Weg zum Abitur ermöglicht wird. Im Zuge dessen wird die Stadtverwaltung darlegen, ob die geplante Vierzügigkeit des neuen Oberstufenzentrums an der IGS Büssingweg ausreicht. Die stadtweite Planung von Oberstufen, insbesondere an den IGS, die noch mit keiner ausgestattet sind, ist einer unserer Hauptschwerpunkte zum Doppelhaushalt 2017/2018 gewesen. Bis zur Sommerpause soll ein entsprechendes Konzept zum Ausbau der Oberstufen von der Stadtverwaltung aus vorgelegt werden.

Das Projekt der **Sommerschulen** an sieben hannoverschen IGS konnten wir mit einem Haushaltsbegleitantrag für die kommenden Jahre auf sichere Füße stellen. So können die Schülerinnen und Schüler dort weiterhin sowohl individuell gefördert werden als auch zum Beispiel Theater- und Zirkusvorstellungen erarbeiten.

Bei der Planung großer Neubaugebiete wie der Wasserstadt Limmer oder Kronsberg-Süd haben wir die Verwaltung aufgefordert zu prüfen, inwieweit es möglich ist, die dort geplanten **Kitas und Grundschulen unter einem Dach** zu vereinen. Dies ist pädagogisch äußerst sinnvoll, da es den Kindern den Übergang in die Schule deutlich erleichtert. Dass dieses Konzept sehr gut funktioniert, lässt sich an der neuen KISS Birkenstraße in der Südstadt erkennen. Darüber hinaus begleiten wir gemeinsam mit der Jugend-AG aktiv die „**Qualitätsoffensive Grundschulkindbetreuung**“, in deren Rahmen ein mittel- und langfristiges Konzept zum Ausbau der Ganztagsgrundschule sowie zur Sicherung einer qualitativen, bedarfsgerechten Grundschulkindbetreuung entwickelt werden soll. Es wird langfristig eine Zusammenführung vieler Horte mit Ganztagsgrundschulen angestrebt.

Das Thema „Digitale Schule“ bzw. „**Digitalisierung und Medienkompetenz**“ ist uns sehr wichtig. Durch den von uns initiierten Medienentwicklungsplan erprobt Hannover ab dem kommenden Schuljahr 2017/18 in zunächst sechs Schulen neue, moderne Wege des Unterrichts und wird in den kommenden Jahren an Modellstandorten Erfahrungen sammeln, bevor ab 2018 stufenweise eine stadtweite Umsetzung erfolgen soll.

In den wenigen Monaten seit der Wahl haben wir als AG bereits elf Schulen besucht und mit weiteren persönlich bei unterschiedlichen Terminen gesprochen. Darüber hinaus sind uns der Austausch sowie die Verbindung zu den örtlichen SPD-Bezirksratsfraktionen sehr wichtig. Wir haben sie deshalb auch in unsere Haushaltsberatungen unmittelbar miteinbezogen und laden sie stets zu unseren örtlichen Terminen ein. Nur durch eine gute Zusammenarbeit gelingt es uns, unsere inhaltlichen Schwerpunkte erfolgreich in die Tat umsetzen zu können.

Schließlich haben wir nach dem Abschluss der Haushaltsberatungen die Zeit genutzt und die Mitglieder der SchuBi-AG sowie unsere Arbeitsbereiche den hannoverschen Schulleitungen vorgestellt. Damit sind wir auf äußerst positive Resonanz gestoßen. Die Kontaktaufnahme wurde sehr gut angenommen und hat bereits zu zahlreichen Gesprächsterminen geführt. Die **Zusammenarbeit mit den Akteurinnen und Akteuren** aus dem Schul- und Bildungsbereich bildet eine sinnvolle und verlässliche Grundlage dafür, vorausschauend und zielgenau eine Maßnahme nach der anderen umzusetzen, um Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit in der Stadt Hannover richtig voranzutreiben.

Soziales

Mitglieder im Sozialausschuss: **Robert Nicholls** (Sprecher), **Hülya Iri**, **Angelo Alter**.

Beratende Mitglieder: **Birgit Merkel**, **Reinhold Fahlbusch**.

Die AG Soziales setzt ihre Schwerpunkte in der Fortentwicklung der **Nachbarschaftsarbeit** und in der Unterstützung für Hilfe, die ankommt. Dazu zählt auch der Hannover Aktiv Pass (HAP). Besonders Kindern und Jugendlichen eröffnet der HAP einen Weg zur Teilhabe an Bildung, Vereinssport, Kultur und Freizeit. Seine Anwendung ist einfach und unkompliziert, seine Beantragung und Nutzung führt nicht zu einer sozialen

Stigmatisierung. Mit seiner Einführung legte die Stadt Hannover im Auftrag des Rates den Grundstein für eine sozialpolitische Erfolgsgeschichte. Außerdem hat sich die AG Soziales während der vergangenen Beratungen zum Haushalt auf Projekte konzentriert, die sich generationenverbindend für ein gesellschaftliches Miteinander einsetzen.

Die **Berufshilfe für Jugendliche** schafft Perspektiven und vermeidet weitere Kosten. Konzepte, die sich mit Ausbildungsbegleitung und dem Erhalt der beruflichen Chancen beschäftigen werden mit steigender Tendenz in Anspruch genommen. Das Konzept einer AWO-Initiative in der Ausbildungsbegleitung junger Pflegekräfte konnte während der Beratungen zum Haushalt ebenso überzeugen wie ein Projekt für ältere MigrantInnen, die über vielfältige Angebote aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns das Thema **Inklusion**, in diesem Fall die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen. Dazu haben wir ein intensives Gespräch mit dem Verein Mittendrin geführt, weil der Beratungsbedarf zu Fragen des Übergangs Schule-Beruf und Ausbildung enorm angestiegen ist.

Alltagsunterstützende, aufsuchende Sozialarbeit, die sich an Menschen mit multiplen Alltagsbelastungen in Armut und prekärer sozialer Situation wendet, kann dazu beitragen, Obdachlosigkeit zu vermeiden. Wir haben uns dazu entschieden, eine Initiative zu unterstützen, die gezielte Angebote dazu beiträgt, schnell und niedrigschwellig kleinere Problemsituationen zu identifizieren und zu lösen und außerdem die Brücke zu den weiteren Hilfesystemen (Schuldnerberatung, Suchtberatung, Pflege etc.) darstellt.

Darüber hinaus werden wir im Rahmen unserer Jahresplanung mit der Situation der **Drogenhilfe und -beratung** und der Problematik des Drogenkonsums in Hannover beschäftigen. Hierzu werden wir eine Reihe von Fachreferenten einladen, um uns ein möglichst vollständiges Bild machen zu können. Unter anderen haben wir bereits mit der Polizei ein ausführliches Fachgespräch geführt, um das Thema „Drogen: Situation in Hannover“ auch aus diesem Blickwinkel betrachten zu können.

Sport

Mitglieder im Sportausschuss: **Angelo Alter** (Sprecher), **Peggy Keller**, **Kerstin Klebe-Politze** (Ausschussvorsitzende).

Beratende Mitglieder: **Christoph Kröner**, **Wolf-Dietmar Kohlstedt**.

Die Schwerpunkte unserer AG lagen in den letzten zwei Jahren vor allem auf der Begleitung zweier Großprojekte, des Bäderkonzeptes und der Sportentwicklungsplanung.

Das **Bäderkonzept** hat der Rat im Mai 2015 beschlossen, es sieht die Sanierung aller städtischen Bäder bis zum Jahr 2029 vor. Das Bäderkonzept wurde in einem Arbeitskreis, bestehend aus VertreterInnen von Verwaltung, Politik, Vereinen, Badbetreibern und dem Seniorenbeirat erarbeitet und im Dezember 2014 in die Ratsgremien eingebracht. Der umfassende Erarbeitungsprozess und die Beteiligung der wesentlichen InteressenvertreterInnen sind hierbei besonders positiv hervorzuheben. Die Umsetzung des Konzepts wird weiterhin von dem Arbeitskreis begleitet. Im Rahmen des Haushalts 2015 hatten wir bereits erste Planungsmittel eingestellt, um einen schnellstmöglichen Beginn der Sanierung zu erreichen. Zudem hatten wir dafür gesorgt, dass die Sanierung des Fössebad vorgezogen wird, die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtbezirken über die Baumaßnahmen informiert werden und das Bäderkonzept alle fünf Jahre fortgeschrieben wird. Die Umsetzung des Bäderkonzepts werden wir im Hinblick auf mögliche Attraktivitätssteigerungen und auf die Profilbildung der einzelnen Bäder begleiten. Aktuell stehen die Entscheidungen über die weiteren Verfahren beim Fössebad und beim Misburger Bad an, die wir intensiv begleiten.

Im August 2016 ist der **Sportentwicklungsplan** in den Sportausschuss eingebracht worden. Auf der Grundlage einer ausführlichen Analyse der Situation des Sports in Hannover zeigt der Plan in den Handlungsfeldern „Verbesserung der Sportraumsituation“, „Steigerung des Sportengagements“ und „Kooperation und Vernetzung“ die wesentlichen Herausforderungen auf und gibt mit strategischen Zielen und Empfehlungen wichtige Ansätze für die Weiterentwicklung des Sports in Hannover. Aktuell werden die Sanierungsbedarfe aller Sportanlagen in der Stadt erhoben, die anschließend anhand einer Prioritätenliste abgearbeitet werden sollen. Hierfür stehen im Investitionsprogramm „500plus“ jährlich zusätzliche Mittel in Höhe von 500.000 Euro zur Verfügung.

Im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2017/18 haben wir die Verwaltung beauftragt, ein **Kunstrasenplatzprogramm** zu entwickeln. Hiermit sollen Tennen- und Rasenplätze in Kunstrasenplätze umgewandelt werden, um zusätzliche Nutzungszeiten zu gewinnen und die Pflegekosten zu verringern. Zudem fördern wir die Vereine bei der Verwirklichung der **Inklusion** im Sport, sowohl bei inklusiven Projekten als auch beim Umbau der Infrastruktur. Auch den **Sport im öffentlichen Raum** fördern wir, beispielsweise durch den Lückenschluss bei der Inliner-Route in der Eilenriede oder durch neue Bootsanlegestellen für den Kanusport.

Stadtentwicklung und Bauen

Mitglieder im Stadtentwicklungs- und Bauausschusses: **Lars Kelich** (Sprecher), **Angelika Pluskota**, **Philipp Kreis**.

Beratende Mitglieder: **Christian Kleine**, **Dr. Volker Stölting**.

Die Bau-AG ist zuständig für: Angelegenheiten der Bauverwaltung, insbesondere der Stadtplanung, des Baues und der Unterhaltung städtischer Straßen, Wege, Brücken, Angelegenheiten der Stadt-/U-Bahn, der Straßenbeleuchtung, Fragen des Wohnungsbaus und der Wohnungsverversorgung, Angelegenheiten der Flüchtlings- und der Obdachlosenunterbringung sowie für Angelegenheiten, die die Hanova und Union Boden GmbH betreffen. Zu jeder Sitzung werden die Vorsitzenden der SPD-Bezirksratsfraktionen und die SprecherInnen bzw. Vorsitzenden der Sanierungskommissionen eingeladen.

Über der Themenliste der sozialdemokratischen BaupolitikerInnen steht die Überschrift: „Wir gestalten die wachsende Stadt und sorgen für Ausgleich und soziale Gerechtigkeit.“ So wurde die Verwaltung beauftragt, neue **Flächen für Wohnen und Gewerbe** zu entwickeln. Im Fokus stehen dabei neben der Schwarzen Heide westlich der Stelinger Straße insbesondere die alte Industriebrache der ehemaligen Ö Raffinerie Deurag-Nerag in Misburg. Für den 1. Bauabschnitt im Bereich der Wasserstadt Limmer hat der Rat seine Hausaufgaben erledigt, und der notwendige Bebauungsplan hat Rechtskraft erlangt. Die Flächen können jetzt in die Vermarktung bzw. Bebauung gehen.

Richtig zügig geht die Planung der Bebauung vom Kronsberg-Süd voran. Jüngst hat die Verwaltung der Öffentlichkeit den aktuellen Stand der

Planungen vorgestellt. Der überarbeitete Entwurf wurde sehr wohlwollend aufgenommen.

Zwei neue **Obdachlosenunterkünfte** sollen in den nächsten Jahren errichtet und betrieben werden. Damit reagieren wir auf die gestiegenen Zahlen an wohnungslosen armen Menschen. Die Verwaltung wurde beauftragt, Standortvorschläge für die beiden Unterkünfte zu erarbeiten. Die guten Erfahrungen mit Konzeptausschreibungen bei den Flüchtlingsunterkünften sollen auch auf den Betrieb der Obdachlosenunterkünfte übertragen werden und bei der Ausschreibung Konzept und Wirtschaftlichkeit mit 65:35 Prozent gewertet werden.

Ausreichend Mittel sind derzeit für den **sozialen Wohnungsbau** etatisiert, zumal die Wohnungsbauförderprogramme erneut aufgestockt werden. Die Zahl der geförderten Wohnungen erhöht sich damit von 757 auf insgesamt 1260 Wohneinheiten. Eine weitere Aufstockung auf 6 Mio. Euro ist vorgesehen. Das hätte eine weitere Erhöhung um 400 auf 1660 geförderter Wohnungen bis 2020 zur Folge. Ein schöner Erfolg unserer Wohnungsbauinitiative.

Ein großes Thema ist bei allen städtischen Planungen und Baumaßnahmen die gute **Information und Beteiligung** der Nachbarn sowie interessierter Einwohnerinnen und Einwohner. Für die Neu- bzw. Umgestaltung des Steintorplatzes, Weißekreuzplatzes/Andreas-Hermes-Platzes und der Geibelstraße wurden Aufträge an die Verwaltung erteilt, Vorschläge für BürgerInnenbeteiligungsprozesse zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen. Wichtig war uns dabei, dass insbesondere bei den Verfahren zu den Plätzen ergebnisoffen in die Diskussion gegangen wird.

Zentral sind schließlich für uns auch **Mobilität und Verkehr**. Im Vordergrund steht hierbei für uns der barrierefreie Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs, wozu wir die enge Abstimmung mit unserer Regionsfraktion suchen. So haben wir uns gemeinsam dafür eingesetzt, einen weiteren Aufzug an der Stadtbahn-Endstation am Raschplatz zu installieren und verschiedene Hochbahnsteige möglichst zeitnah zu bauen. Dazu gehören insbesondere die Hochbahnsteige in Linden und in Bothfeld. Auch die Radwege sollen weiter ausgebaut werden, darunter ein Rad-schnellweg von der Innenstadt in Richtung Lehrte. Zur Verbesserung des Verkehrsflusses und damit zur Verbesserung des Umwelt- und des Lärmschutzes wollen wir die computergestützte Verkehrssteuerung optimieren. Der Verkehrssicherheit dient die Einrichtung neuer Blitzer, die wir beantragt haben.

Weitere Punkte sollen hier noch stichwortartig angeführt werden: Verbesserung der Fahrradwegeninfrastruktur, Überprüfung der Straßenausbaubeitragsatzung durch Vorlage einer Kostenrechnung und die Aufnahme der Kurze-Kamp-Straße, Schmiedestraße, Geibelstraße und Am Fuhrenkampe in die Straßenbauprogramme.

Die „**Soziale Stadt**“-**Sanierungen** in Stöcken, Hainholz, Limmer und Sahlkamp werden weiter vorangetrieben. Die Soziale Stadtsanierung auf dem Mühlenberg startet jetzt mit ersten größeren Mittelzuweisungen richtig durch. Und Oberricklingen wurde neu in das Stadtsanierungsprogramm aufgenommen. Ein schöner Erfolg.

Umweltschutz- und Grünflächen

Mitglieder: **Philipp Kreis** (Sprecher), **Angelika Pluskota**, **Henning Hofmann**.

Beratende Mitglieder: **Christine Ranke-Heck**, **Carola Sandkühler**, **Marlo Kratzke**.

Die Arbeitsgruppe für Umweltschutz und Grünflächen (AUG) ist zuständig für Angelegenheiten, die der Erhaltung und Verbesserung der Umweltqualität dienen, die Reinhaltung der Luft und des Wassers, Lärmbekämpfung, Grün- und Erholungsflächen, einschließlich darin liegender Wasserflächen und Forsten, Friedhöfe, Kleingartenwesen, Energiepolitik, Angelegenheiten der Stadtwerke Hannover AG, proKlima, Klimaschutzagentur, Angelegenheiten des Agenda- und Nachhaltigkeitsbüros sowie Angelegenheiten der Straßenreinigung und des Winterdienstes (aha). Zu jeder Sitzung werden die Vorsitzenden der SPD-Bezirksratsfraktionen eingeladen.

Die Mitglieder der AUG-AG besetzen auch den Betriebsausschuss Stadtentwässerung und beraten alle Angelegenheiten der Stadtentwässerung.

Schwerpunkt der politischen Arbeit im ersten halben Jahr nach der Kommunalwahl war für die überwiegend neuen Mitglieder im Ausschuss die Einarbeitung in die neuen Themen. Dazu kam die Beratung des Doppelhaushaltes 2017/2018. Hierzu hat AUG-AG wichtige Schwerpunkte beigetragen. So konnte z.B. zur **Stärkung des Klimaschutzes** das städtische Programm zur Förderung der Energieeffizienz im sozialen

Wohnungsbau, das nach Ansicht der Fachverwaltung nicht mehr fortgeführt werden sollte, erhalten werden. Das Programm dient dazu, energetisch sanierte Wohnungen auch für einkommensschwächere Haushalte weiter erschwinglich zu halten. Ebenso kann das Programm **Energetische Quartiersentwicklung** zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung fortgesetzt werden, das ebenfalls von der Verwaltung gestrichen worden war. Beide Programme werden in der Stadt gut nachgefragt.

Ein weiteres wichtiges Anliegen war der Auftrag an die Verwaltung, zusammen mit aha und der Region ein Konzept für mehr **Sauberkeit und Sicherheit** in der Stadt zu erarbeiten. Dazu zählen die effektivere und personell ausgeweitete Arbeit von Parkrängern und Abfallfahndern. Ihnen soll ihnen mit Hilfe eines neuen deutlich schärferen Bußgeldkatalogs ein Instrumentarium an die Hand gegeben werden, mehr Sauberkeit in Hannover durchzusetzen.

Weitere Beschlüsse waren, den beliebten **Autofreien Sonntag** weiter durchzuführen, einigen Initiativen und Verbänden die Beihilfen moderat zu erhöhen, eine neue Fußwegeverbindung zwischen Bothfeld und Lahe zu bauen, zwei neue Bewegungsparcours einzurichten und zusätzliche Gelder für die Sanierung auf einigen Friedhöfen einzustellen. Auch für das Programm zur Minimierung der Folgen der Klimaerwärmung wurden zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt.

Die Planungen für den Bau eines Kolumbariums auf dem Friedhof Seelhorst sowie umfangreiche Mittel für die **Umsetzung des Kleingartenkonzeptes** waren von der Verwaltung schon in den Haushalt 2017/2018 eingebracht worden. Als neues Programm soll in diesem Jahr auf Vorschlag der Verwaltung „**Hannover auf Sonnenfang**“ starten, ein Beratungsprogramm zum Ausbau der umweltfreundlichen Energien Photovoltaik und Solarthermie.

Gedenken und Dank

Im Herbst 2015 sind zwei Genossen unserer Fraktion viel zu früh von uns gegangen: Nach langer, schwerer Krankheit starb am 28. September 2015 unser „Bürgermeister der Herzen“, Bernd Strauch, und am 17. Oktober 2015 mussten wir völlig überraschend Abschied nehmen von Martin Hanske. Wir erinnern uns sehr gern an sie und werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Mit dem Ablauf der Ratsperiode im Herbst des vergangenen Jahres sind einige Genossinnen und Genossen aus unserer Fraktion ausgeschieden. Schon zuvor hatte es einige Wechsel in der Fraktion gegeben. Für ihr Engagement danken wir deshalb herzlich den Genossinnen und Genossen, die in den letzten zwei Jahren unsere Fraktion verlassen haben: Désirée Barnert, Petra de Buhr, Regina Fischer, Michael Klie, Gudrun Koch, Jürgen Mineur, Thomas Müller, Marc Müller-de Buhr, Ewald Nagel und Heidi Pohler-Franke.

Gedankt sei abschließend ebenfalls den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Fraktionsgeschäftsstelle für die großartige Unterstützung unserer Arbeit: Julia Meyer, Marc-Dietrich Ohse, Albert Rehse, Jonathan Schorling, Rita Schulz und Imke Weihmann. Unser besonderer Dank gilt Bettina Emmerich-Jüttner, die Imke während ihrer Elternzeit hervorragend vertrat, und Andrea Wiegand, die nach langjähriger Tätigkeit für unsere Fraktion aufgrund des notwendigen Personalabbaus nach der Kommunalwahl aus unserer Geschäftsstelle ausscheiden musste. Beiden wünschen wir für ihren weiteren Weg alles Gute!

**SPD-Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Hannover**

Fraktionsvorsitzende: Christine Kastning

Friedrichswall 15
30159 Hannover
Tel. 0511-168-45 310
Fax 0511-168-43 624
spd@hannover-stadt.de
www.spd-ratsfraktion-hannover.de

Redaktionsschluss: 5. Mai 2017